Opłacono ryczałtowo. Einzelpreis 0,50 zł. bezw. 0,25 Gmk

Wirtschaftskorrespondenz für Polen

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Zloty, im Ausland 2,00 Goldmk monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Pilsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jegliche Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. VI Katowice, am 30. März 1929 Nr. 16

Militärische oder wirtschaftliche Sicherheit?

Von R. N. Coudenhove-Kalergi.

Eine englische Zeitschrift veröffentlicht die geheime Denkschrift des deutschen Reichswehrministers über die Notwendigkeit des neuen Panzerkreuzers: grosse Aufregung in Polen und Frankreich über Deutschlands militärische Pläne in der Ostsee.

Kurz darauf veröffentlicht eine holländische Zeitung gefälschte Dokumente über ein angebliches französisch-belgisches Militärbündnis: grosse Aufregung in Deutschland und Holland über die kriegerischen Pläne ihrer westlichen Nachbarn. Die beteiligten Regierungen erklären diese Dokumente sofort als Fälschung: dennoch vermögen diese Dementis nicht, die öffentliche Meinung Deutschlands zu beruhigen, bevor nicht der Fälscher selbst verhaftet wird und gesteht.

Diese Aufregungen zeigen, wie blind die öffentliche Meinung Europas der politischen Lage gegenübersteht. Wie die optimistischen Phrasen, die vom „Zeitalter des Völkerbundes" und vom „Zeitalter von Locarno" schwärmen, den Sinn für politische Realitäten getrübt haben. Denn sonst könnten solche Veröffentlichungen echter und falscher Dokumente niemanden überraschen: Militärpakte und Rüstungen sind nur die logische Konsequenz der politisch-wirtschaftlichen Anarchie, in der das heutige Europa trotz aller Friedensreden, Friedenspakte und Völkerbundresolutionen lebt.

*

In den Generalstäben der europäischen Hauptstädte finden sich wahrscheinlich Kriegspläne gegen alle Nachbarstaaten, gegen Feinde und Verbündete. Kämen diese Pläne durch Verrat an die Oeffentlichkeit, so würden sie einen allgemeinen Entrüstungssturm auslösen. Und doch erfüllen die Generalstabsoffiziere nur ihre Pflicht, wenn sie die militärische Sicherheit ihrer Staaten allen politischen Möglichkeiten gegenüber ausbauen.

Die Geschichte des Dreibundes lehrt, dass selbst Bündnisse und Friedenspakte militärische Sicherungen nicht überflüssig machen. Die österreichischen und italienischen Offiziere, die ihre Grenzen auch gegen den Verbündeten sicherten, behielten recht.

Generale sind keine Politiker. Es ist nicht ihre Aufgabe, Politik zu machen, sondern aus der Politik gegebenenfalls die Konsequenz zu ziehen. Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass die Politiker ihres Staates versagen und sie isoliert einer Uebermacht gegenüberstellen. Diese stete Gefahr eines Koalitionskrieges zwingt die verantwortlichen Generale, durch Rüstungen und Militärkonventionen ihre Armee in den Stand zu versetzen, gegenbenenfalls in einem Zweifrontenkrieg zu siegen.

*

Die militärische Sicherung ist Aufgabe der Generale. Die politische Sicherung ist Aufgabe der Politiker. Diese politische Sicherung stützt sich auf Verträge.

Wären die Bündnisse unzerbrechlich, die politischen Verträge unzerreissbar — so wären militärische Sicherungen und Rüstungen überflüssig. Aber gerade die Erfahrung der letzten Jahre, in denen Herrscher und Völker im entscheidenden Augenblick Verträge gebrochen haben, warnt die Politiker, der Vertragstreue von Bundesgenossen und Gegnern blind zu trauen. Sie fühlen sich darum verpflichtet, ihre Armeen als Versicherungsgesellschaften zu betrachten für den Fall, dass ihre Gegner, ihre Verbündeten, ihre Nachfolger oder sie selbst vertragsbrüchig werden.

Wenige Politiker sind berechtigt, sich auf sich selbst zu verlassen: sie können nicht wissen, zu welchen Handlungen unvorhergesehene Situationen sie drängen könnten.

Aber kein Staatsmann kann sich auf seine Nachfolger verlassen, deren Weltanschauungen, Charaktere und Gesinnungen er weder beurteilen, noch bestimmen, noch kennen kann. Und wenn er glaubt, sich auf den Grundcharakter seiner Nation verlassen zu können: wer bürgt ihm, dass nicht eines Tages eine kleine gewalttätige Minderheit die Staatsmacht an sich reisst und alle seine Erwartungen widerlegt?

Und wenn der Staatsmann sich schon nicht auf sein eigenes Volk und deren künftige Führer verlassen kann — wie wäre es ihm möglich, sich auf die künftigen Gesinnungen und Führer seiner Nachbarvölker zu verlassen?

Diese Unsicherheit ist heute grösser als je: denn früher durften die Herrscher erwarten, viele Jahre zu herrschen und dann von einem verwandten Thronfolger abgelöst zu werden — während die Staatslenker von heute nicht wissen, ob sie noch bis Jahresende regieren werden und nicht ahnen, wer sie in einem Jahrzehnt abgelöst haben wird.

Dazu kommt, dass die Vertragstreue überhaupt im Sinken ist, seitdem die religiösen Bindungen der Politik verschwunden sind. In einem Zeitalter, das vom heiligen Egoismus auch in der Politik beherrscht wird, verlieren Verträge ihre moralische Bedeutung und wechseln ihr Gewicht mit den politischen Verhältnissen.

Aber auch in der absolutistischen Epoche war die Vertragstreue beschränkt: das Schicksal der heiligen Allianz, die auf dem Gelöbnis dreier christlicher Herrscher gegründet war und dennoch im entscheidenden Moment auseinanderbrach, bildet eine eindringliche Warnung für alle, die dem Völkerbund blind vertrauen möchten.

*

Die Dauer eines politischen Vertrages ist von zwei Voraussetzungen abhängig: entweder vom guten Willen beider Teile — oder von der Macht des vertragstreuen Partners, den andern auch gegen dessen Willen zur Einhaltung oder Aufrechterhaltung des Vertrages zu zwingen.

Für den Locarno-Vertrag sind heute, vom französischen Standpunkt aus, beide Voraussetzungen gegeben: die deutsche wie die französische Regierung haben beide zweifellos den guten Willen zur Einhaltung dieses Vertrages. Ausserdem hätte Frankreich gegenwärtig die Macht, seine Einhaltung zu erzwingen.

Aber diese Bürgschaft ist kurzfristig — und damit auch die Sicherung, die mit diesem Vertrag verbunden ist.

Denn kein politischer Wahrsager kann wissen, ob auch nur eine dieser beiden Voraussetzungen noch in einer Generation bestehen wird. Niemand weiss, welcher Staatsmann, welche Partei oder welche Staatsform dann in Deutschland herrschen wird — und ob dann die deutsche Politik für oder gegen Locarno eintreten wird. Und niemand weiss, welche Machtverhältnisse dann in Europa herrschen werden. Der Umschwung des Machtverhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich von 1890 bis 1920 zeigt die Unsicherheit aller solcher Voraussagen.

Darum sind heutzutage alle politischen Sicherungen provisorisch und kurzfristig. Und darum wollen die Staatsmänner auf militärische Rückversicherung nicht verzichten: weder auf Rüstungen noch auf Militärkonventionen.

*

Rüstungen und Militärbündnisse steigern die Kriegsgefahr oft — aber nicht immer. Manchmal dienen sie sogar dem Frieden.

Wäre Belgien 1914 stark bewaffnet und modern befestigt gewesen — so hätte Deutschland seine Neutralität respektiert.

Hätte damals England mit Frankreich und Russland ein offenes Militärbündnis gehabt, statt einer blossen Entente — so wäre es aller Wahrscheinlichkeit zu einer unblutigen Verständigung gekommen.

Hätte Rumänien in den Nachkriegsjahren keine starke Armee und keine Militärbündnisse unterhalten, so wäre Sowjetrussland in Bessarabien ebenso eingefallen wie in Georgien: und es hätte wahrscheinlich am Pruth nicht haltgemacht.

Hätte Frankreich gleich nach dem Kriege seine Armee aufgelöst, so wäre aus der Ruhrbesetzung ein neuer europäischer Krieg geworden.

Hätte Russland nicht die Rote Armee geschaffen, so wäre es zum Kriegsschauplatz der europäischen Armeen geworden.

Diese Beispiele zeigen, wie oberflächlich es ist, in der Abrüstung das Kernproblem des Friedens zu sehen: denn die Rüstungen sind nicht Ursache — sondern Folge der heutigen gespannten, bedrohten und zerrissenen Lage Europas.

Denn heute muss jeder Staat, der mit der Möglichkeit einer feindlichen Invasion rechnet, sich durch Bündnisse und Rüstungen sichern. Die Völker Europas haben nicht vergessen, dass die deutsche Armee bei Tannenberg die Eroberung Berlins — die französische Armee an der Marne die Eroberung von Paris — und die italienische Armee an der Piave die Erorberung Mailands und vielleicht Roms verhindert hat. Diese Erfahrung widerlegt die These von der Wertlosigkeit militärischer Sicherungen — obgleich diese Sicherungen im Zeitalter des Luftkrieges problematischer geworden sind. Denn heute würde ein Krieg über die Front hinweg gegen das Hinterland und die feindliche Hauptstadt geführt werden.

Darum muss die Parole der Sicherheit in Zukunft lauten: nicht die Niederlage verhindern — sondern den Krieg!

*

Bajonette garantieren die nationale Sicherheit ebenso bedingt wie Verträge. Wenn nicht neue und bessere Sicherungen gefunden werden, wird es nicht nur zu keiner Abrüstung kommen — sondern zu einer allgemeinen Aufrüstung.

Die russischen Abrüstungsvorschläge werden ergebnislos bleiben, weil Europa darin nur den Versuch sieht, Völkerkriege durch Bürgerkriege zu ersetzen.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge werden ergebnislos bleiben, weil Europa darin nur den Versuch sieht, die andern Mächte der eigenen Ohnmacht anzugleichen.

Dieselben Worte, die im Munde des Starken als Gebote klingen — klingen im Munde des Schwachen als Geschwätz.

Darum sind Frankreich und Italien die einzigen europäischen Mächte, von denen ein Anstoss zur Abrüstung ausgehen kann.

Weder Frankreich noch Italien werden diese Initiative ergreifen und ihren Rüstungsvorsprung gegenüber Deutschland aufgeben — wenn es nicht gelingt, ihnen stärkere und dauerhaftere Sicherungen zu bieten als Rüstungen und Verträge.

*

Frankreich hält an der These fest: „Ohne Sicherheit keine Abrüstung!" Deutschland würde in der gleichen Lage den gleichen Standpunkt vertreten. Es soll darum nicht versuchen, Frankreich zu überreden, dass es bereits gesichert sei — sondern ihm die stärkste Sicherung bieten, die es zu geben hat: die Zollunion.

Denn eine deutsch-französische Zollunion ist tatsächlich die einzige dauernde Sicherung des deutsch-französischen Friedens. Keine militärische oder politische Garantie sichert die französische Ostgrenze annähernd so stark und vollständig, wie diese wirtschaftliche Sicherung.

Die modernen Kriege sind Wirtschaftskriege: Felder, Bergwerke und Fabriken sind Kriegsmittel. Ein Krieg zwischen Teilen eines einzigen Wirtschaftsgebietes ist heute schon eine technische Unmöglichkeit und wird dies täglich mehr,

Für die deutsch-polnische Annäherung

Wie wir hören, veranstalten die deutsche und die polnische Liga für Menschenrechte vom 20. bis 29. April in Königsberg, Schneidemühl, Łódź, Warszawa, Katowice, Beuthen, Breslau und Berlin Kundgebungen zur deutsch-polnischen Frage, in der von polnischer Seite der sozialistische Sejm-Abgeordnete Adam Pragier und der frühere Minister Stanislaus Thugutt, von deutscher Seite Staatsminister a. D. Hermann Fleissner und Generalmajor a. D. Dr. h. c. Frhr. v. Schoenaich über das Thema „Droht Krieg zwischen Deutschland und Polen?" sprechen werden. Bei diesen Kundgebungen handelt es sich um den ersten Versuch, auch von pazifistischer Seite die Massen der Bevölkerung über die deutsch-polnische Frage aufzuklären. Seit fünf Jahren kämpfen beide Staaten um das Zustandekommen eines Handelsvertrages. Den Regierungen zu zeigen, dass die Massen nicht nur einen Handelsvertrag, sondern auch eine dauernde Beruhigung im Osten wünschen, sollen diese Kundgebungen bezwecken.

Hätte 1914 ein deutsch-französischer Zollverein bestanden, so wäre der Weltkrieg unmöglich gewesen: Deutschland konnte nur dadurch Krieg führen, dass es in hohem Masse autarkisch war. In einem Zollverein verschwindet aber die Autarkie für alle einzelnen Glieder.

Der nordamerikanische Sezessionskrieg und der deutsche Bruderkrieg bilden keinen Gegenbeweis: damals waren Kriege in weit geringerem Masse Wirtschaftskriege, als heute. Ein Krieg zwischen Staaten der Nordamerikanischen Union wäre heute ebenso unmöglich, wie zwischen Ländern des Deutschen Reiches. Bayern konnte sich trotz schwerster Gegensätze vom Reiche nicht mehr lösen, da es durch den Zollverein zu stark an jenes gebunden war.

Auch die Teile der Habsburger-Monarchie, die mit Russland sympathisierten, konnten sich vor und während des Krieges von Wien nicht lösen, weil die wirtschaftliche Klammer stärker war, als der nationale Hass. Erst der Zusammenbruch der Mittelmächte löste die Donaumonarchie in die Nachfolgestaaten auf.

Die militärischen Sachverständigen können heute den europäischen Regierungen bestätigen, dass es keine stärkere Friedenssicherung für Nachbarvölker gibt, als die Zollunion; und dass im Gegensatz zu den militärischen und politischen Sicherungen, deren Wert und Stärke von Jahr zu Jahr abnimmt, die wirtschaftlichen Sicherungen durch die zunehmende Wirtschaftsverflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von Jahr zu Jahr zunehmen.

Diese Sicherung ist unabhängig vom Wechsel der Staatsmänner und Parteien, unabhängig vom Wechsel der Sympathien und Antipathien.

*

Es ist die Aufgabe unserer Generation, dieses neue System von Sicherungen zu schaffen und dadurch das alte überflüssig zu machen. Denn kein Staat rüstet zum Vergnügen; dazu ist dieses Vergnügen zu teuer: jeder Staat rüstet für seine Sicherheit. Gelingt es, diese Sicherheit mit wirtschaftlichen Mitteln besser zu garantieren, so werden die Rüstungen überflüssig und verschwinden.

Auch der Uebergang zum Zollverein, zum deutsch-französischen wie zum europäischen, fordert wirtschaftliche Opfer. Aber während die Kosten der Rüstungen unproduktiv sind — bringen die Kosten, die mit der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes verbunden sind, allen Beteiligten reichliche Gewinne. Aber diese wirtschaftlichen Argumente für den europäischen Zollverein gehören in ein anderes Gebiet: hier soll nur der Zusammenhang zwischen Zollverein und Sicherheit erörtert werden.

*

Wenn Deutschland den Zollverein anbietet, muss Frankreich entscheiden, ob es die provisorische und problematische Sicherheit durch Rüstungen und Bündnisse vorzieht — oder die dauernde und unerschütterliche Sicherheit durch wirtschaftlichen Zusammenschluss.

Vor dieses Problem ist ganz Europa gestellt. Der alte Weg der militärischen und politischen Sicherung führt in eine Sackgasse, aus der nur der neue Weg wirtschaftlicher Sicherung herausführt.

Aber dieser Weg fordert eine radikale Umstellung des Denkens. Er fordert Staatsmänner statt Politiker: Staatsmänner, die rechnen, statt zu schwätzen; Staatsmänner, die vorwärts sehen statt rückwärts; Staatsmänner, die sich bewusst sind, dass eine neue Zeit begonnen hat, mit neuen Zielen — aber auch mit neuen Mitteln. Und dass die Politik des zwanzigsten Jahrhunderts im Zeichen der Wirtschaft steht.

Verbandsnachrichten

Für frühere Auszahlung der Löhne und Gehälter.

Auf Grund einer Anregung des Vereins selbständiger Kaufleute, e. V., Katowice, haben die hiesigen Behörden ihren Beamten und Angestellten die Gehälter bereits im Laufe der vergangenen Woche gezahlt. Zu diesem Schritt sah sich der Verein aus der Erwägung veranlasst, dass der Monatsletzte diesmal mit dem Osterfest zusammenfällt. Es wäre im Interesse aller Beteiligten überaus dankenswert, wenn sich auch die Industrie veranlasst sähe, für die Folge in ähnlichen Fällen Gehälter und Löhne jeweils etwa schon vom 25. des Monats an auszuzahlen, damit Angestellte und Arbeiter in der Lage sind, noch rechtzeitig ihre Einkäufe zum Fest, bezw. Monatsbeginn, vorzunehmen.

Bürostunden der Geschäftsstelle der Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien.

Für die Sommerzeit, d. h. vom 1. April 1929 ab, sind die Geschäftsstunden bei der Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien, e. V. Katowice, ul. M. Pilsudskiego 27, wie folgt geregelt: Vormittags vom 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Diese Regelung gilt bis auf weiteres.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen New York notierten 8.90. Am Privatmarkte Dollar 8,90½, bei verstärktem Angebot Devisen Berlin 211,58—211,60, Devisen Danzig 173,00, sowjetrussischer Czerwoniec 2,05 Dollar, Goldrubel 4,60.

Am Aktienmarkt geringe Umsätze, Tendenz rückgängig. Es ermässigten sich: Bank Polski von 164,75 auf 163,00, Modrzejów von 27,75 auf 25,75, Starachowice von 30,00 auf 29.00, Lilpopy von 33.25 auf 33,00. Von Staatsanleihen gingen zurück die 4%-ige Investitionsprämienanleihe von 108 auf 107 und die 5%-ige Dollaranleihe von 84 auf 83. Es zogen etwas an die 4½%-ige Bodenpfandbriefe.

Auf der Nachbörse hielten sich sämtliche Papiere in den Grenzen der Schlussnotierungen der offiziellen Börse:

1) Devisen: London 43.28 — 43.39 — 43,17, New York 8,90 — 8,92 — 8,88, Paris 34.86½ — 34.95 — 34,78, Prag 26,41 — 26,47 — 26,35, Schweiz 171.55 — 171,98 171,12, Italien 46,71 — 46,83 — 46.95, Wien 125,32 — 125.63 — 125.01.

2) Wertpapiere:

10%-ige Eisenbahnanleihe 102,50, 5½-ige Konversionsanleihe 67,00, 4½%-ige Bodenpfandbriefe 49.50, 5%-ige Warschauer Goldpfandbriefe 52.00, 8 prozentige Warschauer Pfandbriefe 68.50 — 69.00, 4 prozentige Investitionsprämienanleihe 109.00 — 107,00, 5 prozentige Prämienanleihe 84,25 — 83,50.

3) Aktien:

Bank Polski 163,50 — 163.00, Bank Zw. Sp. Zarobk. 85.00, Warsz. T-wo Kopalń Węgla 82.00, Lilpopy 33.00, Modrzejów 27.25 — 26,75, Ostrowiecki 96,00, Nobel 20,75 Parowóz 27,00.

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die 2. Märzdekade weist einen Goldvorrat von 622 Mill. zł. auf. Geld und ausländische Verpflichtungen gingen um 21,2 Mill. zł. (663,2 Mill. zł.) zurück. Das Wechselportefeuille verringerte sich um 12,4 Mill. zł. (640,4 Mill. zł.).

Sofort fällige Verpflichtungen (623,9 Mill. zł.) und der Umlauf an Banknoten (1.166 Mill. zł.) gingen insgesamt um 31 Mill. zł. bis zur Summe von 1.789,9 Mill. zł., zurück. Andere Positionen unverändert.

Kursrückgang der Stabilisierungsanleihe.

Wie aus New York mitgeteilt wird, ist der Kurs der polnischen Stabilisierungsanleihe auf dem amerikanischen Markt weiter zurückgegangen. Nach einer mehrtägigen Notierung dieser Anleihe mit 85,25—85,50 ist ein Kursrückgang bis 84,50 eingetreten.

Eine französisch-polnische Zentralbank für Landwirtschaftskredit.

Am 26. III. traf hier der Ministerialrat im Finanzministerium Bronewski ein, der in Paris an den Verhandlungen zwecks Errichtung einer polnischen Zentralbank für landwirtschaftliche Kredite teilgenommen hatte. Nach den Informationen Broniewskis sind die mit einer internationalen Bankengruppe geführten Verhandlungen günstig abgeschlossen worden. In Paris hat sich bereits ein Bankenkonsortium gebildet welches auf den internationalen Geldmärkten polnische Pfandbriefe, Obligationen und Hypotheken plazieren wird. An diesem Konsortium sind in erster Reihe jene Bankinstitute beteiligt, welche seinerzeit die polnische Stabilisierungsanleihe finanziert haben. An der Spitze der englischen Banken steht das Londoner Bankhaus Lazard Bros, an der Spitze der französischen Institute steht die Banque de Paris des Pays-Bas.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Neue Erschwerung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die Tatsache, dass sich Minister a. D. Hermes durch seine Unterschrift unter die Forderungen der agrarischen Verbände handelspolitisch einseitig festgelegt hat, wird in Warszawa als eine ausserordentliche Belastung der deutsch-polnischen Unterhandlungen empfunden. Man hält es für unverträglich, dass sich der Chef einer Handelsvertragsdelegation, die zwischen Deutschland und Polen vermitteln soll, einem Programm anschliesst, das nur geeignet ist, alle Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zunichte zu machen. Nach der Stimmung in Regierungskreisen ist anzunehmen, dass Polen gegen eine Weiterführung der Verhandlungen durch Hermes bei der deutschen Regierung Protest einlegen wird.

Export von Textilwaren aus Łódź.

Entsprechend den Angaben des Exportverbandes der Lodzer Textilindustrie stellt sich die Ausfuhr von Textilwaren wie folgt dar:

An weissen Baumwollwaren wurden 2.851 kg für einen Betrag von zł. 43.456, an farbigen Baumwollwaren 142.638 kg für 1.495.279 zł., an Halbwollwaren 32.067 kg für 394.464 zł., an Wollwaren 34.300 kg für 623.811 zł., an Hutstumpen 85 kg für 3.610 zł., an Baumwollgarn 10.470 kg für 134.401 zł., an Kammgarn 13.796 kg für 235.669 zł. ausgeführt. Im Monat Februar d. Js. wurden insgesamt 298.779 kg Waren für einen Gesamtbetrag von 3.153.296 zł. ausgeführt.

Die Gesamtausfuhr im Jahre 1929 betrug 409.333 kg für 4.783.812 zł., und im Februar 1928 404.691 kg für 4.471.913 zł.

Der Export in die einzelnen Länder stellte sich wie folgt dar: ausgeführt wurden in zł.:

Rumänien 627.636, Ferner Osten (China, Japan) 598.802, Russland 529.137, baltische Länder (Lettland, Finnland, Dänemark) 344.175, naher Osten (Türkei, Palästina, Persien) 298.735, Amerika 242.848, Afrika 224.996, Deutschland 114.316, Oesterreich, Ungarn und Jugoslavien 94.839, England 76.281, verschiedene Länder 1.135. Insgesamt wurden in die vorstehenden Länder Textilwaren für zł. 353.296 ausgeführt.

Entsprechend den oben angeführten Ziffern ist der Export im Monat Februar im Vergleich zu Monat Januar d. Js. um 1.320.000 zł. zurückgegangen.

Für 3 Millionen Dollar Manufakturwaren nach Sowjetrussland.

Die Transaktion, die die sowjetrussische Handelsvertretung mit den Lodzer Textilfabriken zu schliessen beabsichtigt, erreicht, wie sich gegenwärtig zeigt, die Summe von 3 Millionen Dollar. Die russischen Handelsvertreter wollen Materialien nicht nur für die Sommer-, sondern auch für die Wintersaison einkaufen, deren Mangel sich gegenwärtig auf dem russischen Markt empfindlich bemerkbar macht. Die produktion der russischen Fabriken ist nämlich nicht in der Lage, den Bedarf des russischen Marktes zu decken. Ein Hindernis bildet jedoch die Art der Deckung, in der die Sowjetvertreter die Kaufpreisforderungen zu zahlen beabsichtigen. Bekanntlich soll die Ware mit langfristigen Wechseln bezahlt werden.

Wie wir erfahren, werden die interessierten Fabriken diese Art der Zahlung nur in dem Falle annehmen können, wenn 30 Proz. der Wechselsumme sich im Auslande diskontieren, bezw. sicherstellen lässt, was in London eine besondere Versicherungsgesellschaft tut, wofür sie sich 15—18 Proz. jährlich zahlen lässt. Ein Drittel der Wechselsumme müsste durch die polnische Regierung garantiert werden. Den Rest könnten die Fabriken auf eigene Gefahr übernehmen. In dieser Angelegenheit sind die Vertreter der Fabriken mit den in Frage kommenden Faktoren bereits in Verhandlungen getreten.

Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Amerika.

Wie wir erfahren, werden zwischen Polen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Verhandlungen betr. die Schliessung eines Handelsvertrages weitergeführt. Die Handelsverhältnisse in den beiden Staaten stützen sich bis heute auf das am 10. Februar 1925 geschlossene Provisorium.

Holzkonferenz in Wien.

In Wien, fand, wie bereits berichtet, eine internationale Konferenz der Vertreter der Börsen und der Holzproduzentenverbände statt, an der insgesamt 500 Personen aus Oesterreich und anderen Ländern teilnahmen. Polen war durch einen Repräsentanten der Rada Naczelna Związków drzewnych, Dr. Roger Bataggila, vertreten.

Die wichtigsten Fragen, mit denen sich die Versammlung befasste, bildeten: Die Angelegenheit der Vereinheitlichung der Verkaufsbedingungen, sowie der internationalen Usancen im Holzhandel. Es wurden eine Reihe Referate gehalten, die die Ausarbeitung von Entwürfen allgemein geltender Verkaufsbedingungen, sowie der Handelsgewohnheiten ermöglichten.

Internationale Zuckerkonferenz.

In den letzten Tagen kehrten aus Berlin die Vertreter der polnischen Zuckerindustrie zurück, die an der internationalen Zuckerkonferenz teilnahmen. In dieser Konferenz wurde die Erhöhung des inländischen Zuckerverbrauchs in den Zuckerexportländern, in erster Linie in der Tschechoslowakei, Polen und Deutschland besprochen.

Wie wir erfahren, findet am 4. April d. Js. in Genf beim ökonomischen Ausschuss des Völkerbundes eine Zuckerkonferenz statt, in der neben anderen Fragen die Angelegenheit der Erhöhung der inländischen Zuckerkonsumtion in allen Staaten Europas und Amerikas einer Erörterung unterzogen wird.

Hafenverkehr in Gdynia.

Infolge des Zufrierens des Hafens Gdynia ist der Schiffsverkehr und Warenumsatz im Monat Februar bis auf ein Minimum zurückgegangen. Insgesamt sind 31 Dampfer von einer Gesamttonnage von etwa 26 to in den Hafen eingelaufen, die 3.300 to verschiedener Waren mitbrachten. Ausgelaufen sind aus Gdynia dagegen 9 Dampfer, die etwa 8.200 to Waren in der Hauptsache Kohle ausführten. Der gesamte Warenumsatz betrug demnach kaum 12.000 to.

Infolge des Temperaturwechsels in der ersten Hälfte des März hat sich der Verkehr bedeutend belebt.

Inld. Märkte u. Industrien

Getreidereserven.

Auf dem Getreidemarkt lässt sich eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise wahrnehmen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Regierung, um einer weiteren Erhöhung der Preise vorzubeugen, auf den inländischen Markt grössere Getreidemengen aus den im Herbst vergangenen Jahres geschaffenen Reserven werfen wird. Nach den Feiertagen wird diese Angelegenheit voraussichtlich den Gegenstand besonderer Regierungsberatungen bilden.

Ergebnisse der letzten Ernte.

Das Landwirtschaftsministerium hat die statistische Berechnung der letzten Ernte in Polen beendet. Die letzte Ernte lieferte 131.000 Quintale Getreide und 278.000 Quintale Kartoffeln.

Tschechischer Konzern gründet eine Papierfabrik in Polen.

Ein tschechischer Konzern, der in Sillein eine Papier- und Cellulosefabrik besitzt, gründet in Kleinpolen eine Papierfabrik. An der Finanzierung soll sich eine tschechische Bank sowie eine Gruppe polnischer Finanzleute beteiligen.

Französische Seidefabriken in Łódź.

Französische Kapitalisten beabsichtigen, in Łódź zwei Seidefabriken zu errichten.

Bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Entsprechend den Angaben der staatlichen Arbeitsvermittlungsämter weist der Bericht vom Arbeitsmarkt für die Zeit vom 9. bis zum 16. März d. Js. insgesamt 182.638 Arbeitslose auf, darunter 3.368 weibliche. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Zahl der Arbeitslosen um 1.302 Personen zurückgegangen.

Zjednoczenie Polskich Fabryk Łańcuchów w Katowicach.

Die unter diesem Titel in Nr. 14—15 vom 23. März d. Js. gebrachte Notiz enthielt insofern einen Druckfehler, als es in Zeile 3 Seifenfabrik anstatt Seilfabrik hiess. Aus dem ganzen Zusammenhang war übrigens ohne weiteres ersichtlich, worum es sich in dieser Notiz handelte.

Steuern / Zölle / Verkehrs-Tarife

Widerspruch des Vorsitzenden der Schätzungskommission.

Gemäss Art. 87 Absatz 1 und § 43 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die staatliche Gewerbesteuer hat der Vorsitzende der Schätzungskommission, der einen Widerspruch gegen deren Beschlüsse einzulegen beabsichtigt, dies in derselben Sitzung, in der die Beschlüsse gefasst wurden, zu tun und im Laufe von 7 Tagen schriftlich zu begründen.

Die Geltungmachung des Widerspruchs ist in das Sitzungsprotokoll der Schätzungskommission einzutragen. (B)

Ermässigungen beim Erwerb von Gewerbescheinen für gastronomische Anstalten.

Das Finanzministerium genehmigt im Rundschreiben Nr. 268 vom 12. II. 1929 L. D. V. 88.4.29 die Führung von gastronomischen Anstalten, Restaurationen, Kaffeehäusern, Konditoreien, Milch- und Bierausschänken, auf Grund eines Gewerbescheines gemäss Kategorie III sofern in diesen Unternehmen ausser Bier auch Most und Wein inländischer Herkunft verkauft wird, die bis 2½ Proz. Alkohol enthalten. Diese Unternehmen dürfen höchstens 10 Personen beschäftigen. —S—

Gesetze / Rechtssprechung

Verordnung betr. die Registrierung von Ausländern.

Am 27. d. Mts. trat die Verordnung des Innenministers btr. die Registrierung von Ausländern in Kraft.

Der Registrierungspflicht unterliegen alle Ausländer, die sich am Tage des Inkrafttretens der Verordnung im Gebiet der Republik Polen aufhalten. Die Registrierung wird nicht dadurch gegenstandslos, dass schon früher eine Registrierung durchgeführt wurde, sowie auch dann nicht, wenn bezgl. einzelner Ausländer Konventionen und Verträge mit Polen abgeschlossen wurden. Der Registrierung unterliegen auch die Einwohner der Freistadt Danzig.

Der Registrierungsplan ist durch die Verwaltungsbehörden in der Weise durchzuführen, dass die Registrierung bis zum 30. Juni d. Js. beendet ist.

In Gemeinden, die vom Sitz der Starostei sehr weit entfernt liegen, soll die Registrierung durch speziell in diese Gemeinden zu diesem Zweck delegierte Beamten durchgeführt werden.

Bei der Registrierung soll darauf geachtet werden, dass die Vor- und Zunamen der Ausländer nicht verunstaltet werden, was bis dahin sehr oft der Fall war. Die Vor- und Zunamen sollen so niedergeschrieben werden, wie sie in der Landessprache lauten.

Genehmigungen für vorübergehenden Aufenthalt können nur denjenigen Ausländern erteilt werden, die vom 31. Dezember 1926 in Polen ununterbrochen gewohnt haben.

Ueber die Verteilung des Vermögens der Knappschaftsvereine entscheidet ein Schiedsgericht.

Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsbüros hat ein Schiedsgericht gegründet, das die Verteilung der Versicherungen innerhalb der oberschlesischen Knappschaftsvereine durchführen soll.

Art. 312 des Versailler Vertrages bestimmt, dass die Verteilung des Vermögens der Knappschaftsvereine im Grenzgebiet durch ein Schiedsgericht, das durch das internationale Arbeitsbüro festgesetzt wird, durchgeführt werden soll.

Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus dem italienischen Senator und ehemaligen Arbeitsminister Abiate, dem schwedischen Präsidenten des Sozialen Instituts Lindstaett und dem schweizerischen Professor Moser.

Nachklänge zur Leipziger Frühjahrsmesse 1929

(von unserem nach Leipzig entsandten Sonderberichterstatter, Ingenieur M. Cohn, Katowice).

Wir haben nicht ohne Absicht unseren Bericht „verspätet" herausgebracht, um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, in annähernd gleiche Zeit fallenden Messen, sich gesammelter mit den Eindrücken der „Leipziger Messe" beschäftigen zu können.

Der „Leipziger Messe" fehlen alle die Merkmale, welche den kleineren Messen in Bezug auf Vergnügungsparks und dergl. anhaften. Sie ist ein markantes Ringen zur Hebung der Wirtschaftskonjunktur und verdient mit vollem Recht die Bezeichnung eines „Wirtschaftsbarometers" als Brücke zum Weltmarkt. Die Leipziger Messe stellt keinesfalls eine Jagd dar, nach sogenannten Messewundern. Sie ist weniger ein forciertes Herausbringen technischer Neuheiten, als vielmehr die Vervollkommnung aller Produktionsmittel und des gesamten Wirtschaftsbedarfes, beginnend mit der praktischen Verpackungsart in Kisten und Kartons, sowie deren Prüfmaschinen für die Zulänglichkeit und Eignung der Versandpackung, bis zu den Warenherstellungsmaschinen selbst.

Wie ungeheuer gross das Interesse für die Ausstellung selbst ist, ergibt sich aus der steigenden Zahl der Aussteller und Einkäufer von Jahr zu Jahr. Während die Ausstellungsfläche im Jahre 1920 erst bescheidene 6000 qm. betragen hat, stieg diese im vorigen Jahr bereits auf die enorme Fläche von 102500 qm. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Aussteller 4253, hingegen im Jahre 1928 — 10106. Ausländische „Einkäufer" waren im Jahre 1924 etwa 13500 und nur 4 Jahre später 1928 bereits statistisch auf 29590 festgestellt worden.

Die Leipziger Messe ist in 2 Teile zu gliedern und zwar:

1) in die Mustermesse, welche in Messepalästen im Inneren der Stadt untergebracht ist, und

2) in die Technische Messe und Baumesse im Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal.

Aus nachstehender Zusammenstellung ist ersichtlich, dass jeder Interessent und jeder Einkäufer das finden kann, was ihn persönlich am meisten angeht. Die Mustermesse zu 1) umfasst nachstehende Haupt-Geschäftszweige:

Keramik und Glas, Kurz- u. Galanteriewaren, Karneval- u. Cotillonartikel, Puppen und Spielwaren, Lederwaren, Reiseartikel, Rauchartikel, Holz- und Beinwaren, Drechslerarbeiten, Korb- und Rohrwaren, Rohrmöbel, Kunstgewerbliche Arbeiten, Kunst- und Luxusgegenstände, Japan- und Chinawaren, Beleuchtungsartikel, Haus- und Küchengeräte, Metallwaren, Christbaumschmuck, Optische Artikel, Musikinstrumente und Werke, Sprechapparate und Automaten, Seifen und Parfümerien, chemische und pharmazeutische Artikel, Gummi-, Kork- und Zelluloidwaren.

Ausserdem haben sich der Mustermesse folgende Industriezweige in geschlossenen Ausstellungen angeschlossen:

Bugramesse (Buch und Graphik), Büromesse, Edelmetall-, Uhr- und Schmuckmesse, Sondermesse für Kino, Photo, Optik und Feinmechanik, Möbelwaren, Nahrungsmittelmesse, Papiermesse, Reklamemesse, Schuh- und Ledermesse, Sportartikelmesse, Süsswarenmesse, Textilmesse, Verpackungsmittel- und Kartonagemesse.

Die Technische Messe und Baumesse, das Hauptziel der internationalen Messewelt, zergliedert sich in nachstehende Organisationen:

Werkzeugmaschinen und Werkzeuge, Schweiss- und Schneidanlagen, Spezialmaschinen aller Art, Musterdruckereibetrieb der Leipziger Messe, Textilmaschinen, Kartonagemaschinen, Maschinen für Landwirtschaft und Kolonialzwecke, Bäckerei- und Müllereimaschinen, Nahrungsmittelgewerbe und Hauswirtschaft, Holzbearbeitungsmaschinen, Antriebsmaschinen, Transmissionen, Armatur und Gasverwertung, Badeöfen, Elektrotechnik, Fahrzeuge und Zubehör, sonstige Beförderungsmittel, Förderwagen, Pumpen, Kompressoren, Gebläse, Brennstoffgewinnung und Brennstoffverwertung, Giessereitechnische Anlagen, Maschinen dazu, Eisen- und Stahlwaren, Halb- und Fertigfabrikate, Büromaschinen und Bürobedarf, Chemische und chemisch-technische Industrie, Auslands- und Kolonialbedarf, Eisen- und Holzkonstruktionen, Baumaschinen und Bausparweisen, Oefen, Herde und endlich eine Abteilung für Kino, Photo, Optik, und Feinmechanik.

In den meisten dieser Spezialabteilungen ist das Ausland stark vertreten und macht sich durchweg das Bestreben bemerkbar, weniger auf Billigkeit, als auf eine solide und zweckdienliche Ausführung der Fabrikate zu sehen und dadurch den Weltmarkt an sich zu reissen.

Der Messebesuch selbst ist sowohl aus dem Inlande, aus auch aus dem Auslande besser gewesen, als sich bei der teilweise recht schwierigen Geschäftslage und den durch die Witterungslage erschwerten Verkehrsverhältnissen erwarten liess. Die Züge mit den zahlreichen Sonderzügen, welche bereits am Vormessetage auf 30 angewachsen waren, liefen vielfach mit Verspätung ein, waren aber durchweg sehr gut besetzt.

Bereits die Tage vor der Messe begannen mit einem Titanenkampf zwischen Technik und Naturgewalten, denn schier unerschöpflich schüttete der harte Winter neuen Schneemassen und immer wieder neue Kältereserven über die Messestadt. Trotzalledem siegte die Technik, denn mit dem Glockenschlag konnten alle Paläste der Mustermesse und Neubauten der Technischen Messe dem Verkehr übergeben werden.

Die Internationalität der Leipziger Messeveranstaltungen hat sich auch dieses Jahr durchgesetzt, wenn auch gesagt werden muss, dass die deutsche Industrie nicht immer mit Freude gesehen hat, wie auch das Ausland seine Erzeugnisse gut abgesetzt hat. Aber der Grundsatz, dass bei einer Weltmesse freie Konkurrenz walten müsse, hat sehr gut gewirkt, und die heimische Industrie konkurrenzfähig gemacht, und heute hat sie nichts mehr dagegen, wenn weit über 10 Proz. aller Aussteller aus dem Ausland auf der Messe erscheinen. Aus diesem Grunde sollten auch die Polnischen Messeverwaltungen weniger auf Ausstellungen der Eigenindustrie halten, wie dies jetzt beispielsweise bei der grossen Posener Landesausstellung der Fall ist, sondern vielmehr in der Konkurrenz der Auslandsaussteller einen Ansporn sehen, sich selbst weiter zu entwickeln, und durch ebenbürtige Erzeugnisse das Ausland nicht aufkommen zu lassen.

Während die Vereinigten Staaten von Amerika rein repräsentativ eine Städteausstellung brachten zum Zweck der Heranziehung des Deutschen Warenverkehrs nach New York und Baltimore, und dem Beschauer Gelegenheit boten, sich über die Möglichkeiten des Handelsverkehrs mit dem amerikanischen Osten und Mittelwesten vertraut zu machen, brachte die Polnische Werbeabteilung vor allem eine grosszügige Propaganda für die Posener Messe, um auf die Ausstellung der nationalpolnischen Firmen hinzuweisen, die ihre kunstgewerblichen Erzeugnisse in einem Stadt-Messepalast zeigten. Stärker vertreten waren Spanien, Dänemark, Italien, Indien, Japan, Griechenland, dieses insbesondere mit einer sorgfältigen Wahl in Weinen, Rosinen, Tabak, Smyrnateppichen, aber auch mit wunderbaren Stickereien der griechischen Inseln und Holzschnitzereien der Athosmönche.

Am auffallendsten dürften als ausländische Aussteller die Franzosen vertreten gewesen sein, denn rund 200 Firmen vertraten auf der Leipziger die französischen Farben. Diese Firmen standen in den Messehäusern inmitten der deutschen Konkurrenten, sodass hier der Kampf um den Kunden ungehindert vor sich gehen konnte.

Nicht besonders erwähnt zu werden braucht, dass die Tschechoslowakei und Oesterreich mit besonders zahlreichen Messevertretern erschienen waren, hatte doch Oesterreich allein mit etwa 260 Ausstellern relativ das grösste Messekontingent.

Russland, das seit einigen Jahren eine eigene Messehalle auf dem Austellungsgelände hat, dürfte mit seiner Kundenwerbung besonders zufrieden gewesen sein, da dieses Land reich ist an Rohmaterialien. Besonders grossen Raum nahm diesmal die Russische Ausstellung in wunderbaren Fournierhölzern ein, und es hiesse mit geschlossenen Augen in die Welt blicken, wollte man diese ausgedehnte Industrie unterschätzen.

Ein weiterer Artikel über die Technische Messe folgt.

Weltwirtschaft

Geldmarkt, Wirtschaft und Börse.

Berlin, 25. III. 29.

„Dank" der Ungunst der Konjunktur verläuft der Quartalsultimo glatter, als allgemein befürchtet wurde. Da Handel und Industrie nur sehr geringe Ansprüche an den Geldmarkt stellten, konnte das Reich seinen Milliardenbedarf ziemlich leicht mit Hilfe der Grossbanken decken. Auch diesmal war dieselbe, unmögliche Situation zu beobachten: Laut Bankgesetz ist es dem Reich verwehrt, über einen bestimmten Kredit hinaus die Reichsbank in Anspruch zu nehmen, bei der sich das Geld ca 6½ Proz. stellen würde. Statt dessen gibt das Reich den Banken 7½-proz. Schatzwechsel, diese decken sich zum grossen Teil bei der Reichsbank mit 6¾-proz. Privatdiskonten zurück: Das reformbedürftige Bankgesetz kostet den Staat also ein Prozent, oder bei diesem Quartalsbedarf von einer Milliarde 10 Millionen! Auch die Einzahlungen auf die Industriebelastungen in Höhe von 150 Millionen trugen zur weiteren Verknappung hinzu, ausserdem waren weitere Abrufe namhafter ausländischer Guthaben zu konstatieren. Bis Mitte März sind — hauptsächlich nach Amerika — 170 Millionen Mark Gold und Devisen abgeflossen. Die normale Entlastung, welche der Reichsbankausweis vom 7. März zeigte, setzte sich bis zum 15. März kaum fort und wird am 23. einer starken Anspannung Platz machen. Auch die Auslandswechsel haben seit Jahresbeginn um ca 150 Millionen abgenommen; zu alle dem kommt noch, dass der Reparationsagent wahrscheinlich zum Apriltermin einen besonders grossen Banktransfer vornehmen wird, für den schon jetzt laufend grössere Devisenbeträge eingefordert werden. Amerika tritt überhaupt ziemlich allgemein wieder als Goldkäufer auf, auch die Bank von Frankreich war — seit langem das erstemal — gezwungen, Gold abzugeben. Als weitere Belastung des deutschen Geldmarktes ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die deutsche Reichsbahn nun doch gezwungen ist, als Geldnehmer aufzutreten, da die Einnahmen infolge des aussergewöhnlichen und andauernden Frostes und des sich fortsetzenden Konjunkturabstieges weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind. Der Finanzausschuss der Reichsbahn ist beauftragt worden, jedem annehmbaren Geldangebot unverzüglich nachzugehen. An neuen Anleihen sind nur eine 8-proz. 15 Millionen Inlandsanleihe der Stadt Breslau und eine solche von 3 Millionen der Stadt Frankfurt a/M. erwähnenswert, welche letztere bei einer 7-proz. Verzinsung direkt mit einer privaten Versicherungsgesellschaft abgeschlossen wurde. Während Tagesgeld — wie oft gegen Quartalsende — reichlich bis in die letzten Tage angeboten wurde, bleibt Termingeld knapp. Reportgeld erwies sich bei den geringen Effektenengagements bei ca 8 Proz. als ausreichend, da die Report einen Tiefstand von ca 435 Millionen erreicht haben. Bedeutend stärker machte sich die Verknappung dagegen im Auslande bemerkbar. So hat die Niederländische Bank als schon längere Zeit erwartete Folge der sich dauernd zuspitzenden amerikanischen Geldverhältnisse und um ihre Währung nicht einem unnötigen Druck auszusetzen, beschlossen, den Diskontsatz um 1 Proz. auf 5½ Proz. zu erhöhen. Auch in New York hat sich die Geldlage noch in keiner Weise geklärt. Für Tagesgeld wurde wieder mehrfach 12 Proz., am 26. sogar 23% gezahlt, trotzdem vermehrte die bewundernswert dreiste Effektenspekulation wiederum beträchtlich ihre Kredite, welche schon unter den dauernden Drohungen der Federal Reserve Board etwas zurückgegangen waren. Gouverneur Young drohte unumwunden mit einer weiteren Heraufsetzung der Diskontrate, falls die Restriktionspolitik der Reservebanken ohne Erfolg bleiben sollte. So mussten am 23. März in Chicago die interessierten Industriekonzerne und Grossmakler, um eine Geldkatastrophe zu vermeiden, da durch dauernde Geldkündigung von seiten der Banken plötzlich eine katastrophale Geldteuerung und Verknappung eintrat, 40 Millionen Dollar dem Markte zur Verfügung stellen.

Das Konjunkturbild in Deutschland hat keine nennenswerte Aenderung erfahren; wenn auch das Ende

der langen Frostperiode die Lage am Arbeitsmarkt etwas entlasten wird und in einzelnem Teilen von Handel und Industrie — wie Konfektion und Kalibergbau — die übliche Frühjahrsbelebung eingetreten ist, so zeigt die Allgemeinsituation keine Besserung. Insbesondere zeigt die hohe Insolvenzziffer gerade grösserer Firmen keine Minderung. Auch grössere Aktiengesellschaften sind unter den sanierungsreifen Unternehmungen wie Siegen-Solingen und Chemn. Spinnerei. Entscheidend für die deutsche Wirtschaft wird das Resultat der Reparationsverhandlungen in Paris sein. Ueber die finanztechnische Seite der Reparationen, welche durch ein internationales Clearing-Institut verrechnet und transferiert werden sollen, sowie über hundert weniger wichtige Kleinigkeiten ist man ziemlich einig, nur zur Hauptsache, zur Festsetzung der Höhe und Zahl der von Deutschland zu zahlenden Jahresannuitäten, ist man bei offiziellen Besprechungen noch nicht gekommen. Doch kann man die wahrscheinliche Höhe der Jahresannuität, welche Deutschland aufbringen kann und will, nach französischen Presseaufsätzen und privaten Interviewen ziemlich genau schätzen: 1¾ Milliarden. Völlig uneinig scheint man sich jedoch noch über die Zahl der Annuitäten zu sein und ob diese veränderlich und konstant bleiben sollen. Es ist unwahrscheinlich, dass eine Entscheidung noch vor Ostern fallen wird, doch wird die 5-tägige Osterpause allen Parteien Zeit zur Prüfung der gegenseitigen Vorschläge geben. Nur mit grösster Mühe wird der Reichs-Haushalt für 1929, für das vorläufig noch mit einer Reparationszahlung von 2½ Milliarden, wie im „Normaljahr“ 1928 gerechnet werden muss, ausbalanciert werden können und zwar hauptsächlich und erfreulicherweise durch Abstriche und grösstmöglichste Einsparungen bei den verschiedenen Ressorts. Als besonders drückend machen sich die ausserordentlich gestiegenen Ansprüche der Arbeitslosenversicherung, die hohen Reparationslasten und das Fehlen einmaliger, grösserer Einnahmen wie Münzgewinn, Darlehnszurückzahlungen der Reichsbahn u. s. w. geltend. Trotzdem wird man mit der Erhöhung der Bier- und Erbschaftssteuer auskommen müssen. Alle übrigen, vorgeschlagenen Steuererhöhungen, wie Radio-, Aufstokkungs-, Umsatzsteuer finden keine Mehrheit, Aussicht hat nur eine Steuer auf Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und Aenderung des Reichsbankgesetzes zu Gunsten des Staates, der bisher an den grossen Reichsbankgewinnen keinen Anteil hat. Diese beiden letzten Steuern haben den grossen Vorteil, die übrige Gesamtwirtschaft nicht zu belasten.

Der wachsende Optimismus bezüglich des Ausganges der Pariser Verhandlungen hat einen plötzlichen Umschwung auf allen Effektenmärkten hervorgerufen. Die Käufe die sich erst bei wenigen Werten, dann anwachsend auf allen Märkten zeigten, gehen fast ausschliesslich vom Ausland aus, hauptsächlich von Paris und Amerika. Für viele potente amerikanische Spekulanten ist wohl auch der Gedanke mitbestimmend, die Entwicklung der höchst unsicheren amerikanischen Geldverhältnisse abzuwarten und — spekulativ und wirtschaftspolitisch gesehen — Neuland zu entdecken. Immer wieder dagegen muss man konstatieren, dass das deutsche Publikum und auch die grosse deutsche Spekulation — teils wegen der fehlenden Mittel, hauptsächlich aber aus Mangel an einen überzeugten Optimismus — sich weiter völlig untätig bezw. abwartend verhält. Die Enttäuschungen, welche die Börse und die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten zwei Jahren nur allzureichlich brachten, sind ausserdem in noch zu frischer Erinnerung. Dazu kommt noch die durchaus

logische Ueberlegung, dass selbst die kleinste Konjunkturbesserung sofort eine starke Geldmarktverknappung zur Folge haben würde, welche wiederum der Börsenkonjunktur ein schnelles Ende bereiten würde. Vom Ausland werden wieder die alten Favoriten bevorzugt: Elektrowerte unter Führung von Siemens, Schuckert und Bergmann, Reichsbank auf unverminderte Hoffnungen auch für die Aktionäre vorteilhafte Aenderung des Bankgesetzes, Rhein-Westf. El., Schles. Gas und Dessauer Gas und vor allen Dingen Kaliwerte, die hauptsächlich von Frankreich erworben werden sollen. Nachdem im Februar der Kaliabsatz infolge des starken Frostes stark rückgängig war, haben die Abrufe im März eine solche Zanuhme erfahren, dass die Ausfälle im Jan./Februar bald eingeholt sein dürften. Ausserordentlich stimulierend wirkten die Bilanzzahlen des Salzdetfurt-Konzerns, der einen um 50 Proz. gestiegenen Gewinn im Vergleich zum Vorjahr nachweisen konnte. Auch der Kaliexport weist, dank dem erfolgreichen Ausbau der Verkaufsorganisation, steigende Ziffern auf. Trotz alledem kommt die Besserung in der Kali-Konjunktur nicht dem Aktionär zugute, statt erhöhte Dividenden zu verteilen, werden die Reserven weiter verstärkt. In der Elektrizitäts-Grossindustrie sind verschiedene grosse Pläne in Vorbereitung. Während die A. E. G. in den Hohen Tauern ein gigantisches Wasserkraftwerk bauen wollen, welches auf eine Erzeugungsfähigkeit bis 66 Milliarden Kilowatt gebracht werden soll, was einem Viertel der gesamten Elektrizitätserzeugung Deutschlands entspricht, beabsichtigt die R. W. E., eine grosse Talsperre in der Eifel zu errichten. In der Kunstseiden-Industrie ist die Lage noch ungeklärt. Immerhin scheinen die Preisrückgänge sich nicht fortzusetzen, die Produktion überschreitet zwar nach wie vor den Konsum und die italienische Inia Visosa Gesellschaft sowie der englische Courtaulds-Konzerns können die Situation nicht schwarz genug malen; was jedoch als wichtiger zu werten ist: die Aussichten auf eine internationale Verständigung und Einstellung des gegenseitigen Preiskampfes sind gestiegen. Die Ausdehnung der Ferngasversorgung stösst vorläufig auf immer neue Schwierigkeiten: zu viele Interessenten fühlen sich geschädigt: nicht nur fürchten die in Frage kommenden Ruhr-Städte für den Bestand ihrer Gaswerke, sondern auch, soweit sie an Schiffahrtsstrassen liegen, einen Rückgang im Hafenverkehr. Montanwerte lagen nach einer kurzen Erholung wieder schwächer, weil die Bergarbeiter eine Kündigung ihres Lohntarifes zum 30. April ausgesprochen haben, ausserdem ist bei der beginnenden warmen Jahreszeit wieder mit Förderrückgang und Feierschichten zu rechnen. Dazu verstimmte die wahrscheinliche Dividendenreduktion bei Mannesmann. Dagegen hält der Aufschwung in der **polnischen** Montanindustrie — Eisen und Steinkohle — an. Die Karstadt A. G. erhöht ihr Aktienkapital wiederum um 10 Millionen, um den Lindenmann-Konzern übernehmen zu können. Im allgemeinen zeigen die Warenhausumsätze weiter steigende Richtung. In der Autoindustrie ist in der nächsten Zeit mit einem grossen Konkurrenzkampf zu rechnen, bei dem sich der grösste Teil der deutschen Autofabriken in keiner vorteilhaften Lage befindet. Immer wieder ist an dieser Stelle auf die Notwendigkeit der sofortigen Bildung eines grossen deutschen Autotrustes hingewiesen worden, jetzt ist es dazu zu spät. Wie jetzt erst bekannt wird, haben die Opelwerke vergeblich versucht, zusammen mit Daimler und Adlerwerken diesen Trust zu schaffen, ebenso vergeblich einen grossen Teil des Opel-Kapitals den deutschen Grossbanken angeboten. Jetzt ist die amerikanische General Motors Comp. die neue Herrin im Opeltrust, welche für 80 Proz. des Opelkapitals — 48 Millionen nom. 96 Millionen = 200 Proz. zahlte und ausserdem 24 Millionen Kredite zur Verfügung stellte; das bedeutet eine starke Verbilligung des Opelwagens in nächster Zukunft und aufs äusserste forcierte Massenproduktion. Da zu gleicher Zeit sich auch Ford in Deutschland festsetzt, ist zu fürchten, dass ein grosser Teil der deutschen Fabriken schwerer und teurer Wagen bald seine Selbständigkeit verlieren wird, um ihre Exstenz zu retten. Ausserordentlich verstimmend wirkten im Schiffahrtsmarkt die vergeblichen Kämpfe der Hapag-Opposition um die Dividende. Dazu traf die Nordloyd A. G. ein schwerer Schlag: Ihr schönster, grösster und schnellster Dampfer, die 48.000 ts „Europa“, welche im August endlich fertig werden sollte, brannte im Hamburger Hafen völlig aus. Im übrigen fielen nur die Mansfeld-Aktien durch starke Steigerung auf, welche mit der sensationellen Steigerung des Kupferpreises von 16 auf 25 cents zusammenhängt.

Heinz Lindenberg.

Der Konkurrenzkampf Ford — General Motors.

Wie verlautet, will Ford, der demnächst nach Europa abreisen wird, eine Konferenz der Leiter aller Motorgesellschaften nach Berlin einberufen, um Pläne zu einem Kampf gegen die General Motors Company in Erwägung zu ziehen.

Dementi der Pläne zur Erwerbung der Citroen-Werke.

Der Präsident der General-Motors hat bei seinem letzten Aufenthalt in Paris die Gerüchte von einem bevorstehenden Erwerb der Citroen-Werke durch seine Gesellschaft dementiert. Ebenso stellt Citroen Verhandlungen in Abrede.

General Motors versucht jedoch, durch Aktienkäufe Einfluss auf das französische Unternehmen zu gewinnen; allerdings ist die Verwaltungsmajorität bei Citroen durch mehrstimmige Vorzugsaktien gesichert.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt u. Velag: Dr. L. Lampel, Katowice. — Verlag: „Hermes“, Sp. z ogr. odp., Katowice. — Druck: Śl. Zakł. Graf. i Wyd. „Polonia“ S. A. Katowice.